



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 22. Januar 2021**



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 22. Januar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

erlauben Sie mir, dass ich zunächst, bevor ich auf die Ministerpräsidenten-Konferenz vom vergangenen Dienstag und auf die gestrigen Beschlüsse des Senats zu sprechen komme, dass ich zunächst auf die aktuelle Entwicklung im Land Bremen eingehe.

Das Infektionsgeschehen hat sich hier in den vergangenen zehn Wochen verlangsamt. Ja, wir sind – wie alle Bundesländer – längst noch nicht da, wo wir hinwollen, und natürlich dürfen die verbesserten Zahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor viel zu viele Menschen an Corona sterben. Aber wir haben uns als Bundesland mit der höchsten schrittweise zum Bundesland mit der derzeit niedrigsten Inzidenz vorgearbeitet. Aktuell liegt die 7-Tage-Inzidenz bei 77 in Bremen und bei 83 in Bremerhaven.

Das ist nicht nur statistisch im Ländervergleich ein ordentlicher Wert, sondern es ist auch ein Wert, der auch die Pandemiebekämpfung wieder einfacher macht. Denn bei den derzeitigen Infektionszahlen ist das personell verstärkte und digitalisierte Bremer Gesundheitsamt wieder in der Lage, die Infektionsketten vollständig nachzuverfolgen. Und das ist eine richtig gute Nachricht. Denn die lückenlose Nachverfolgung, meine Damen und Herren, ist nach einhelliger Auffassung eine der zentralen Säulen im Kampf gegen die Pandemie und kann deshalb gar nicht hoch genug bewertet werden.

Das Bremerhavener Gesundheitsamt, das möchte ich hier der Vollständigkeit halber erwähnen, war dazu in den letzten Wochen jederzeit in der Lage, denn in der Seestadt lagen die Infektionszahlen in der Regel deutlich unter denen in der Stadt Bremen.

Mein besonderer Dank gilt daher allen Beschäftigten in den Gesundheitsämtern in Bremen und Bremerhaven, die in den vergangenen Monaten hervorragende Arbeit geleistet haben – oft auch außerhalb der üblichen Arbeitszeiten an Wochenenden und an Feiertagen.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 22. Januar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,
meine Damen und Herren von der CDU,

vor einigen Wochen haben Sie bei der Beantragung einer Aktuellen Stunde zur Corona-Lage behauptet, dass sich in den Infektionszahlen eines Bundeslands die Qualität seiner Regierung widerspiegelt. Im Bundesvergleich höhere Zahlen, so Ihre Argumentation, seien in erster Linie auf schlechtes, und niedrigere Zahlen auf gutes Verwaltungshandeln zurückzuführen.

Ich bin mir nicht sicher, ob Sie uns diese These angesichts der aktuellen Entwicklung der Zahlen heute noch einmal mit gleicher Inbrunst vortragen werden. Ich fand sie schon damals falsch, und habe das hier im Parlament ja auch deutlich gesagt.

Und ich habe meine Meinung nicht geändert: Als ich Anfang der Woche in einem Fernseh-Interview gefragt wurde, was wir denn in Bremen besser als andere Länder machen würden, da habe ich mit voller Überzeugung vertreten, das wir gut beraten sind, den Ball flach zu halten. Es gibt so viele Rahmenbedingungen, die dafür verantwortlich sind, ob Inzidenz-Zahlen steigen oder fallen – da darf man sich nicht allzu sehr auf die eigene Schulter klopfen.

Natürlich sind strikte staatliche Regelungen und strikte staatliche Kontrollen unverzichtbar im Kampf gegen die Pandemie, keine Frage. Aber am Ende hängt doch alles ganz wesentlich von der Einsicht und dem Handeln der Menschen ab.

Deshalb möchte ich mich hier noch einmal im Namen des gesamten Senats bei den Menschen in Bremen und Bremerhaven bedanken, die sich in den allermeisten Fällen vorbildlich an die Anti-Corona-Regeln halten, obwohl sie ihr Leben nun seit Wochen und Monaten ganz erheblich einschränken müssen. Sie sind der wesentliche Grund dafür, dass unsere beiden Städte derzeit in der Pandemie vergleichsweise gut dastehen.

Meine Damen und Herren,

trotzdem – und das bedauere ich ausdrücklich - gab es zu den Beschlüssen vom vergangenen Dienstag, die die harten Beschränkungen verlängern, keine Alternative.

Denn die Zahlen sind – ich sagte es eingangs schon – trotz der erfreulichen Entwicklung der vergangenen Wochen in Bremen und Bremerhaven immer noch deutlich vom Schwellenwert einer 7-Tage-Inzidenz von 50 entfernt.

Vor allem aber sind sie auch bundesweit noch deutlich zu hoch. Und ich bin nach wie vor fest davon überzeugt: Den Kampf gegen die Pandemie können wir nur gemeinsam gewinnen, indem wir gemeinsam handeln. Weil das Virus eben keine Grenzen kennt und weil die Menschen es auch nicht verstehen würden, wenn nicht überall in Deutschland zumindest im Grundsatz die gleichen Regeln gelten würden.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 22. Januar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Ja, es gibt durchaus Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, es gilt nicht überall **exakt** das gleiche. Weil das Infektionsgeschehen regional sehr unterschiedlich ist, gibt es auch einige regionalspezifische Regelungen. Aber in 90 oder 95 Prozent der Fälle stehen wir doch ganz dicht beieinander. Und das ist absolut richtig so, auch aus Bremer Sicht.

Es sind aber nicht nur die allgemeinen Infektionszahlen, die immer noch zu hoch sind. Wissenschaftler haben uns in den vergangenen Tagen immer wieder eindringlich vor den Gefahren gewarnt, die von bestimmten Mutationen des Virus ausgehen können, insbesondere von der Mutation B.1.1.7.

Es gibt zumindest die Sorge, dass sich diese Mutation noch leichter von Mensch zu Mensch und sich mit einer noch höheren Viruslast überträgt, dass sie sich also noch schneller verbreitet. Bislang gibt es nur eine begrenzte Datenlage und noch keine belastbaren Hinweise auf schwerere Krankheitsverläufe oder eine geringere Wirksamkeit der Impfstoffe. Auch die Frage, ob bestimmte Altersgruppen das Virus leichter übertragen, lässt sich noch nicht eindeutig beantworten – die Studienergebnisse und Bewertungen der Wissenschaftler widersprechen sich da derzeit.

Aber angesichts der besorgniserregenden Infektionsdynamik in anderen europäischen und nicht-europäischen Ländern ist es sehr ratsam, sich derzeit vom Prinzip der Vorsicht leiten zu lassen. Wir wollen deshalb möglichst schnell das Ziel einer 7-Tage-Inzidenz von unter 50 erreichen, um im Falle einer Verbreitung der Mutation oder neuer Infektionsdynamiken in Bremen besser vorbereitet zu sein.

Meine Damen und Herren,

deshalb ist es, wie schon gesagt, richtig, die Mitte Dezember und Anfang Januar bereits beschlossenen harten und einschneidenden Maßnahmen gegen das Virus bis zum 14. Februar bundesweit fortzusetzen.

Die meisten Geschäfte bleiben geschlossen, ebenso wie Theater, Konzerthäuser, Museen, Kinos, Gaststätten und Restaurants, Baumärkte, Frisöre und andere körpernahe Dienstleistungen, Veranstaltungszentren, Autohäuser und vieles mehr.

Wir haben uns das keinesfalls leicht gemacht. Wir sind uns im Klaren darüber, dass die Fortsetzung des Lockdowns vielen Menschen große Sorgen macht – auch existenzielle Sorgen. Und wir wissen, dass auch die gleichzeitig beschlossenen Hilfen in Milliardenhöhe diese Sorgen und Nöte allenfalls lindern, aber nicht komplett beseitigen können.

Wir werden die bestehenden Kontaktbeschränkungen aufrechterhalten. Weiterhin darf sich nur ein Haushalt mit einer haushaltsfremden Person treffen. Ich sage aber auch, um gelebte Betreuungsstrukturen nicht unmöglich zu machen und Alleinerziehende und Kinder nicht zu isolieren, werden wir auch in Zukunft Kinder bis 12 Jahren bei dieser Regelung nicht mitzählen und an unserer bisherigen Praxis festhalten.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 22. Januar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Darüber hinaus werden wir, darauf haben sich die Länder und die Bundesregierung verständigt, das Tragen sogenannter medizinischer Masken verbindlich vorschreiben. In Bussen und Bahnen sowie im Einzelhandel müssen also nach einer Übergangszeit ab dem 1. Februar entweder OP-Masken oder FFP2-Masken getragen werden. Mediziner versprechen sich dadurch einen deutlich besseren Schutz als mit den Alltagsmasken.

In Bremen gehen wir aber noch einen Schritt weiter. Wir hatten bereits Ende des vergangenen Jahres zusammen mit den Apotheken etwa 1,7 Millionen hochwertige FFP2-Masken kostenlos an Seniorinnen und Senioren verteilt. Und ich glaube, mein Eindruck täuscht nicht: Diese Aktion hat nicht nur den Bund dazu animiert, sich die Bremer Aktion zum Vorbild zu nehmen und seinerseits Masken auszugeben. Diese Aktion hat auch dazu beigetragen, dass sich seitdem immer mehr Menschen mit einer solchen Maske effektiv vor einer Infektion schützen.

Anknüpfend an diese guten Erfahrungen werden wir deshalb in den kommenden Wochen an jede Bremerin und jeden Bremer zwischen 15 und 59 Jahren kostenlos jeweils fünf FFP2-Masken verteilen. Ich bin überzeugt davon, dass dies ein pragmatischer und effektiver Beitrag zur Eindämmung des Virus ist.

Was die Menschen betrifft, die älter als 60 Jahre sind, so werden sie grundsätzlich bereits durch das FFP2-Programm des Bundes versorgt. Wir prüfen allerdings derzeit, ob die Notwendigkeit besteht auch hier ergänzend als Land tätig zu werden.

Meine Damen und Herren

Kinder und Jugendliche, und mit ihnen die Familien, sind besonders Leidtragende dieser Pandemie. Seit Beginn im Frühjahr war daher zu Recht die Kinder- und Bildungspolitik ein besonderer Schwerpunkt dieser Koalition, auch in der Debatte um Corona-Schutzmaßnahmen. Dabei war und ist es, das bekenne ich offen, nicht immer leicht die verschiedenen Rechtsgüter und Folgewirkungen der Maßnahmen mit den infektiologischen Notwendigkeiten der Pandemiebekämpfung in Einklang zu bringen. Es gibt dabei immer die einen, denen das Vorgehen des Senats zu zaghaft und zögerlich ist, und es gibt die anderen, die sich über die Einschnitte ärgern und sie für überzogen halten.

Da gibt es kein Schwarz oder Weiß, kein richtig oder falsch. Da geht es auch nicht nur um Pandemiebekämpfung.

Da gilt es, die Interessen der Beschäftigten in den Kitas und Schulen zu berücksichtigen, die sich und ihre Familien vor einer Infektion schützen wollen.

Da sind die Eltern, die auf eine gute Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind.

Und da sind nicht zuletzt die Kinder und Jugendlichen selbst, für deren Bildungserfolg die Präsenz in unseren Bildungseinrichtungen unbestritten das Beste ist und



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 22. Januar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

denen auch erhebliche gesundheitliche Schäden drohen, wenn wir es ihnen über längere Zeit nicht ermöglichen, unsere Kitas und unsere Schulen zu besuchen. Das haben Kinderärzte eindrucksvoll nachgewiesen.

Stefan Trapp etwa, der Vorsitzende des Bremer Landesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, attestierte vielen von Kita- und Schulschließungen betroffenen Kindern „Bewegungsmangel“, einen Verlust von „fein- und grobmotorischen Fähigkeiten“ und eine „deutliche Gewichtszunahme“. Dazu kommt die Gefahr, Kindeswohl-Gefährdungen nicht oder zu spät zu erkennen. Und erhebliche Rückschritte beim Spracherwerb für Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben.

Das sind komplizierte Abwägungsprozesse und ich bin oft erstaunt, mit welcher Gewissheit manch Eine und manch Einer glaubt, den einzig richtigen Weg zu kennen. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich weiß das nicht, wir – der Senat – wissen das nicht.

Wir machen uns die Entscheidungen gewiss nicht leicht, wir hören Expertinnen und Experten, diskutieren und nehmen auch auf, was aus der Gesellschaft an uns herangetragen wird. Wir gehen da schon gründlich ran, aber wir nehmen nicht für uns in Anspruch, immer der Weisheit letzten Schluss zu kennen.

Wir haben kurz vor Weihnachten die Präsenzpflcht an den Schulen ausgesetzt, im Hinblick auf das anstehende Weihnachtsfest, bei dem Familien zusammenkommen und verschiedene Haushalte miteinander in Kontakt treten. Aber jedes Kind, das wollte, sollte oder musste, konnte zur Schule gehen - weil die Eltern oder die Lehrerinnen und Lehrer das für dringend geboten hielten oder weil zu Hause keiner war, der aufpassen konnte. Die Schulen blieben grundsätzlich offen. Diesen Grundsatz haben wir aus den leidvollen Erfahrungen des Frühlings, als wir zum ersten Mal vor den Herausforderungen der Pandemie standen, gelernt. Schulschließungen sind Raub an der Zukunft unserer Kinder und damit auch an der gesamten Zukunft unserer Gesellschaft.

Doch wir nehmen Ängste wahr und auf. Die Bildungssenatorin hat daher die erste Woche nach den Weihnachtsferien zur Übergangswoche erklärt und allen Beschäftigten in Schule und KiTa sowie allen Schülerinnen und Schülern jeder einzelnen Schule angeboten sich kostenlos und freiwillig testen zu lassen. Zum einen, um so eine Momentaufnahme und einen Anhaltspunkt für die Verbreitung des Virus in Schule zu erhalten und zum anderen auch, um die Ängste vor dem Dunkelfeld ernst zu nehmen.

Wir wissen um die Sorgen der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, die täglich mit den Kindern im engen Kontakt stehen, wir wissen um die Sorgen der Lehrerinnen und Lehrern, die täglich Kontakt zu mehreren verschiedenen Schulklassen haben. Die Ergebnisse dieser Testung bieten keinen Grund zur zusätzlichen Beunruhigung. Im Gegenteil, sie bestätigen den bisherigen Kurs: Je jünger die Kinder sind, desto geringer ist das Infektionsgeschehen und desto eher besteht die Möglichkeit das Bildungsgeschehen in Präsenz stattfinden zu lassen.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 22. Januar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Bei fast 20.000 durchgeführten Tests ergab sich eine Positivquote unter allen teilnehmenden Schülerinnen und Schüler und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von 0,33 Prozent - wobei die 6- bis 9-Jährigen die ausschließlich in der Grundschule unterwegs sind, eine Positivquote von 0,24 Prozent aufweisen, die Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen von 0,38 Prozent. Um es klar zu sagen: Die Zahlen sind uns, sind mir, natürlich immer noch zu hoch. Aber sie belegen, dass Schulen keine besonders gefährlichen Infektionstreiber sind.

Ich sage allerdings auch ganz deutlich: Die augenblickliche relativ geringe Inzidenz in Bremen ist nur eine Momentaufnahme. In vielen anderen Kommunen konnten wir beobachten, wie schnell auch ein Anstieg wie bei uns im Herbst letzten Jahres wieder möglich ist. Daher haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Kanzlerin beschlossen, im Kern den Beschluss aus dem Dezember zu verlängern – entweder die Schulen zu schließen, was ich wie gesagt für den falschen Weg halte, oder die Präsenzpflcht auszusetzen sowie die Maßnahmen restriktiv umzusetzen.

Daran werden wir uns auch in Bremen halten, genauso wie wir uns in den vergangenen Wochen und Monaten auch immer an die Beschlüsse gebunden haben. Denn ein Bremer Sonderweg, wie in den Medien zu lesen gewesen ist, gab es auch da nicht. Die eine Hälfte der Länder hat ihre Schulen geschlossen und die andere Hälfte hat die Präsenzpflcht - genauso wie in Bremen - ausgesetzt. Wir werden diesen Weg nun mit Anpassungen weitergehen, um der restriktiven Umsetzung gerecht zu werden. Zumal unsere Schulen mittlerweile für den Distanzunterricht deutlich besser aufgestellt sind, etwa, weil alle Schüler mit einem i-Pad ausgestattet sind.

Daher auch mein Appell an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber: Ermöglichen Sie Ihren Angestellten die Arbeit von Hause. Und an die Beschäftigten: Nutzen Sie die Möglichkeit des verlängerten Kinderkrankengeldes, wenn Sie das für richtig und geboten halten. Es gibt aber auch Fälle, in denen sind die Eltern darauf angewiesen ihr Kind in die Kita oder die Schule zu schicken oder es ist für das Kind einfach erforderlich. Auch in dieser Situation müssen Sie kein schlechtes Gewissen haben.

Die verschärfte Verlängerung unserer Maßnahmen ist ein tiefer Einschnitt mitten in die Familien hinein, der mir auch persönlich schwerfällt. Sobald es das Infektionsgeschehen zulässt, werden wir wieder zu einem möglichst geordneten System von Schule und Kindertagesbetreuung zurückkehren. Unser Ziel ist die Schule mit einer Präsenzpflcht für alle. Unser Ziel ist die bestmögliche Betreuung und Förderung aller Kinder in unseren Kitas.

Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,

wie geht es nun weiter, wann werden wir die Pandemie endlich besiegt haben – das fragen sich viele von Ihnen völlig zu Recht. Und eine Antwort, nein wahrscheinlich **die** Antwort darauf ist: impfen, impfen, impfen!



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 22. Januar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Landesweit mehr als 14.000 Impfungen haben die mobilen Impf-Teams, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Impfzentren und die Fachleute in den Kliniken bis gestern schon verabreicht, gut 1.300 Frauen und Männer haben sogar schon die zweite Impfung bekommen und damit den vollständigen Impfschutz.

Bis Mitte Februar werden wir die Bewohner und die Beschäftigten in den Altenheimen vollständig durchgeimpft haben. Angesichts dessen, dass wir im Dezember bis zu 70 Prozent aller Todesfälle in den Alten- und Pflegeheimen zu beklagen hatten, liegt mir das besonders am Herzen.

Wir könnten aber noch wesentlich mehr Menschen impfen, wenn wir nur genügend Impfstoff zur Verfügung hätten. Das ist kein bremisches Problem, das ist ein bundesweites, ein europäisches Problem.

Und ich gebe zu, ich würde mir da mehr Engagement, mehr Druck von den Verantwortlichen wünschen. Immerhin hat die Ministerpräsidenten-Konferenz am vergangenen Dienstag auf meine Initiative hin erstmals in einem offiziellen Beschluss das Ziel festgeschrieben, „allen Impfwilligen in Deutschland spätestens bis Ende des Sommers ein Impfangebot zu machen“. Das löst natürlich noch nicht das Problem und beseitigt noch nicht den aktuellen Engpass. Aber es ist eine Selbstverpflichtung, die den Bund und die Länder gemeinsam in die Pflicht nimmt. Einerseits bis zum Sommer ausreichend Impfstoff zu beschaffen, andererseits diesen Impfstoff auch zu verimpfen.

Bremen sehe ich in jedem Fall gut gerüstet. Wir profitieren von einer meines Wissens nach einzigartigen Zusammenarbeit von Behörden, Hilfsorganisationen und der bremischen Wirtschaft. In der Initiative „Bremen impft“ haben sich Unternehmer, die Handelskammer, die Johanniter, das DRK, der Dehoga, die Bundeswehr und viele, viele andere zusammengeschlossen. Jeder bringt ein, was er am besten kann. Alle mit dem Ziel, die Menschen so schnell wie möglich zu impfen. Ich finde, diese Initiative kann man gar nicht oft genug hervorheben. Das ist gelebter Gemeinsinn, **das ist echt bremisch!**

„Gemeinsam gegen die Pandemie“, das sollte für uns alle ein Vorbild sein. Bislang haben wir das in unseren beiden Städten gut hinbekommen, lassen Sie uns daran arbeiten, dass das auch in der Zukunft gelingt. Lassen Sie uns alle etwas dafür tun, dass wir uns diese Stärke erhalten.

Meine Damen und Herren,

als ich mich heute auf den Weg hierher gemacht habe, habe ich meine Nachbarin getroffen. Und die hat mir mit strahlendem Gesicht zugerufen: „Heute kriege ich meine erste Spritze.“ Und als ich diese Freude der über 85 Jahre alten Dame gespürt habe, da war mir klar: Wir kriegen das gemeinsam hin!

* * *